

PO/se

VERTRAULICH

Bern, den 15. Mai 1961

2501.48

W e s t a f r i k a r e i s e

(Ende März - Anfang Mai 1961)

I. AUFTRAG und PROGRAMM

Am 10. März 1961 beschloss der Bundesrat, den Unterzeichneten als Chef der schweizerischen Delegation an die U n a b h ä n g i g k e i t s f e i e r n der Republik S e n e g a l von Anfang April nach Dakar zu entsenden.

Das Politische Departement benützte den Anlass, den Delegierten mit z u s ä t z l i c h e n A u f g a b e n in weiteren westafrikanischen Ländern zu betrauen. Es handelte sich darum,

- das Interesse der Schweiz an den neuen Staaten Westafrikas durch Kontakte mit Regierungsstellen zu bekunden;
- einige hängige Geschäfte (Angelegenheit Fritschy in Guinea, Luftverkehrsabkommen mit Senegal, Freundschaftsvertrag mit Liberia, Einholung von Agréments, etc.) durch direkte Verhandlungen zu fördern;
- gewisse Projekte der technischen Hilfe an Ort und Stelle zu klären und Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit zu erkunden;
- Fragen unserer Vertretungsorganisation zu prüfen;
- einen persönlichen Eindruck der besuchten Länder zu gewinnen.

Das R e i s e p r o g r a m m wickelte sich wie folgt ab :



- 2 -

Abreise Bern	:	30. März
Dakar	:	31. März - 8. April
Conakry	:	8. April - 12. April
Akkra	:	12. April - 17. April
Monrovia	:	18. April - 21. April
Abidjan	:	21. April - 23. April
Bamako	:	23. April - 27. April
Conakry	:	27. April - 3. Mai
Heimflug	:	3./4. Mai.

Bei den schweizerischen Auslandvertretungen, ebenso bei unserem Korrespondenten in Bamako hat der Unterzeichnete beste Unterstützung gefunden. Sie erlaubte es ihm, die verfügbare Zeit möglichst ertragreich zu nutzen.

Die nachfolgenden Darlegungen erstrecken sich vornehmlich auf die p o l i t i s c h e n A s p e k t e der Reise. Ueber die Projekte zur technischen Zusammenarbeit, die Pläne zum Ausbau unserer Vertretungsorganisation, Personal-, Gebäude- und Auslandschweizerfragen wurde den zuständigen Dienststellen bereits separat Bericht erstattet.

II. ALLGEMEINE EINDRUECKE

Der das schwarze Afrika erstmals besuchende Europäer ist anfänglich leicht geneigt, die Bevölkerung dieser Gebiete gemeinhin als Afrikaner zu betrachten, die unter sich kaum auseinanderzuhalten sind und lediglich durch die Zufälle der kolonialen Entwicklung in verschiedene Einzelstaaten aufgeteilt wurden. In Wirklichkeit sind auch unter den Schwarzen beträchtliche physische, charakterliche und ethnische U n t e r s c h i e d e festzustellen. Ein Senegalese ist in Anlage und äusserer Erscheinung beispielsweise von einem Ghanesen kaum weniger verschieden als ein Däne von einem Griechen. Schon dies mag erklären, weshalb die politische Entwicklung der westafrikanischen Staaten nicht unbedingt gleich-

./.

artig verläuft. Die oft künstlich, unter Missachtung stammesmäßiger Zusammengehörigkeit erfolgte Grenzziehung durch die Kolonialmächte schuf ihrerseits neue Scheidungen. Schulung, Sprache und Verwaltungsmethoden der früheren Herren haben ein tiefes Gepräge hinterlassen. Das Gehaben und die Reaktionen eines Ghanesen sind auffallend von der britischen Lebensart beeinflusst, der Bewohner der Elfenbeinküste eifert dem französischen Vorbild nach und das Leben in Monrovia erinnert an die Atmosphäre einer Kleinstadt des amerikanischen Südens. Die alten Kolonialgrenzen zwischen britischen und französischen Gebieten wirken weiterhin wie Trennwände. Lebendige Kontakte zwischen benachbarten Städten wie dem englischsprechenden Akkra und dem französischen Abidjan, die im Auto eine Tagesreise voneinander entfernt liegen, bestehen heute noch kaum. Es fällt unter diesen Umständen schwer, an die Einigungsbegehrungen der afrikanischen Staatsmänner, von denen sich ausserdem jeder selbst als der berufene Führer einer westafrikanischen Union betrachtet, zu glauben. Man wird wohl bis auf weiteres die "Balkanisierung" des schwarzen Afrika als Tatsache hinnehmen müssen; Verschiebungen und Neugruppierungen bleiben immerhin möglich.

Afrika ist heute ein Brennpunkt der Auseinandersetzung zwischen O s t und W e s t. Von den besuchten Staaten sind Senegal, die Elfenbeinküste und Liberia, obwohl zunehmend eine eigenständige Politik betreibend, deutlich nach dem Westen ausgerichtet. Weniger klar erscheint die Situation bei Ghana, das, zwischen extremen politischen Forderungen und einer bisher eher konservativen Wirtschaftspolitik schwankend, die Verbindung zum britischen Commonwealth aufrecht erhalten hat. Radikale Tendenzen sind vor allem in Guinea und der Republik Mali stark. Sie erklären sich aus dem Ablauf der Emanzipation dieser beiden Staaten, die nicht in Harmonie, sondern in Opposition zur früheren Einordnung vor sich ging : im Falle Guineas durch die abrupt erfolgte Loslösung von Frankreich, bei der Republik Mali durch den Bruch mit dem früheren, französisch orientierten Föderationspartner

- 4 -

Senegal. Dabei ist Guinea offensichtlich schon stärker als Mali in das Fahrwasser des Ostens geraten; eine gewisse Ernüchterung ist indessen seither nicht ausgeblieben. Mali seinerseits trachtet, die Fehler Guineas zu vermeiden. Beide Staaten haben nach Ansicht zahlreicher Beobachter den "point of no return" noch nicht überschritten. Bei beiden liesse sich mit einer verständnisvollen westlichen Politik die völlige Absorbierung durch den Ostblock wohl noch vermeiden. Wir werden darauf zurückkommen.

In westlicher Sicht ist das geringe Ansehen der Vereinigten Staaten von Amerika bedauerlich. Schon gegen Ende der Eisenhower-Administration stand es nicht hoch. Die seither von Kennedy unternommenen Bemühungen, das Vertrauen der Afrikaner zu gewinnen, wurden durch das kubanische Abenteuer ihres ganzen Effektes beraubt. Das Prestige Amerikas hat in Westafrika einen neuen Tiefstand erreicht. Dies gilt besonders für Länder wie Guinea und Mali; aber auch in Senegal und der Elfenbeinküste hat das latente, von den Franzosen übernommene Misstrauen gegenüber den USA neue Nahrung gefunden. Etwas besser scheint, nach dem äusserst zuvorkommenden Empfang Nkrumahs durch Kennedy, zurzeit die Stimmung in den Regierungskreisen von Ghana. Liberia schliesslich, vor mehr als einem Jahrhundert aus der Rücksiedelung ehemaliger amerikanischer Negersklaven hervorgegangen, betrachtet die Hilfe der USA als eine ihm geschuldete Wiedergutmachung und empfindet keine Gefühle der Dankbarkeit. Ebenso hat Kennedys Schaffung eines "Peace Corps" bisher im schwarzen Afrika kaum ein Echo ausgelöst. Ein Fiasko war schliesslich auch das Experiment, als Botschafter nach Conakry einen amerikanischen Neger, John Morrow, zu entsenden. Diese Ernennung ist von Guinea, eingedenk der fortdauernden Rassendiskriminierung in den USA, als Unredlichkeit empfunden worden. Die Mission endete denn auch in einem vollständigen Misserfolg. Morrow ist inzwischen durch einen jungen, liberal ge-

./.

sinnnten weissen Botschafter ersetzt worden.

Die S c h w e i z ist in den westafrikanischen Ländern allgemein geachtet. Man kennt ihre Sonderstellung als Neutraler, weiss, dass sie weder eine imperialistische noch eine kolonialistische Vergangenheit aufzuweisen hat und begegnet ihr mit Vertrauen. Namentlich auf dem Gebiete der technischen Zusammenarbeit erwartet man, da keine politischen Nebenabsichten befürchtet zu werden brauchen, von uns Beträchtliches. Auch die Vertreter westlicher Mächte in den afrikanischen Staaten begrüssen in der Regel schweizerische Initiativen, die geeignet sind, in unverdächtiger Weise westliches Gedankengut zu fördern. - Die Vermittlungsbemühungen der Schweiz im Hinblick auf die Gespräche in Evian sind im allgemeinen stark beachtet worden; wo ich auch vorsprach, wurden sie mit Anerkennung und Dankbarkeit kommentiert. Sie haben in Afrika unser Prestige sichtlich gehoben.

III. EINZELNE LAENDER

SENEGAL

Unabhängigkeitsfeiern

Die Uebertragung der vollen Souveränität an die beiden Gliedstaaten der Föderation Mali, den Senegal und den Sudan, war vor Jahresfrist ohne besondere Festlichkeiten erfolgt. Nach dem Auseinanderfallen der Föderation in die voneinander getrennten Republiken Senegal auf der einen und Mali (vormals Sudan) auf der anderen Seite hat Senegal Wert darauf gelegt, den Jahrestag der Unabhängigkeit mit besonderer Feierlichkeit zu begehen.

Der Veranstaltung, die sich in würdiger, wohlge- lungener Weise ohne jede äussere Störung abwickelte, war ein voller Erfolg beschieden. Dakar mit seinem modernen Stadtzentrum, ursprünglich als Kapitale für ganz Französisch-Westafrika konzipiert, bot dazu einen recht prunkvollen Rahmen. Verschiedene Staaten hatten Wert darauf gelegt, sich an der Feier durch prominente Delegierte vertreten zu lassen, so

- 6 -

Frankreich (dessen Einfluss im öffentlichen Leben weiterhin stark wenn nicht dominierend bleibt, wobei sich aber die zahlreichen französischen Berater und Militärs bei den Festlichkeiten diskret im Hintergrund zu halten wussten) durch Staatsminister André Malraux, die USA durch Vizepräsident Johnson, die BRD durch Wiedervereinigungsminister Lemmer (der als Geschenk in spektakulärer Weise eine fahrbare Wasseraufbereitungsanlage übergab), Brasilien, das eine aktive Afrikapolitik betreibt, durch Aussenminister Mello-Franco und die Sowjetunion u.a. durch Vize-Aussenminister Malik. Ausserdem waren die Präsidenten der unmittelbar zuvor in Yaoundé zusammengetretenen 12 afrikanischen Staaten "d'expression française" (Union Africaine et Malgache) in corpore anwesend. Sämtliche Delegierte waren Gäste der Regierung; es wurde ihnen für die Dauer ihres Aufenthaltes ein Auto samt Chauffeur sowie eine liebenswürdige Hostess zugeteilt.

Der 3. April als erster Festtag begann mit der Vorstellung der ausländischen Delegationen, die einzeln empfangen wurden, beim Staatspräsidenten Léopold Sédar Senghor. Der schweizerische Delegierte, von Konsul Rist als zweitem Mitglied der Delegation begleitet, entbot die Glückwünsche des Bundesrates und präsentierte dessen Geschenke, die traditionelle Atmos-Uhr sowie zwei einjährige Ausbildungsstipendien. Beides wurde mit Dank entgegengenommen. Die Uhr soll einen Standort im Präsidentschaftspalais finden.

Der 4. April bildete den eigentlichen Festakt. Vormittags Défilé mit anschliessender Festansprache des Staatspräsidenten. Sie gab Herrn Senghor Gelegenheit, sein ganzes schriftstellerisches und rhetorisches Talent ausstrahlen zu lassen. Bemerkenswert sein besonderer Dank nicht so sehr an Frankreich als an General de Gaulle persönlich: "... Dominant l'histoire d'un vol d'aigle et contemplant les siècles à venir, il a compris, très tôt, que le

./.

régime colonial était dépassé... Il a eu le courage de faire droit à nos exigences... En deux ans, fidèle, au demeurant, à la tradition révolutionnaire de son Peuple, il a accordé la souveraineté internationale à 15 pays anciennement colonisés. Et il achève le processus de décolonisation en s'attaquant à la solution du problème algérien, si douloureux à nos consciences d'africains."

Nachmittags grosse programmatische Rede und gleichzeitige Verkündung des Wirtschaftsplanes im Parlament durch Ministerpräsident Mamadou Dia. Leitmotiv der Entwicklung ist der afrikanische Sozialismus. Er habe nichts mit den Ideologien der Vergangenheit zu tun. Schlagworte wie Kapitalismus, Liberalismus, Marxismus sind für Senegal bedeutungslos geworden. Der afrikanische Sozialismus erhebt sich über den Materialismus, um auch die geistigen Werte der afrikanischen Wesensart zu erfassen. Die ganze wirtschaftliche Tätigkeit des Landes ist dem Wirtschaftsplan unterzuordnen. Die Industrie soll ausgebaut, die Wachstumsrate stark erhöht, das Sozialprodukt verdoppelt, die Landwirtschaft (80 % der Bevölkerung) modernisiert, das Handwerk "tirant profit des leçons de l'expérience chinoise" zur Kleinindustrie ausgeweitet, das Fiskalsystem erneuert werden, etc. Zu diesen Zwecken ist auch die Mitwirkung des Privatkapitals durch Schaffung einer gesunden wirtschaftlichen Basis und durch fiskalische Erleichterungen zu fördern. "Il faut ... que les capitaux privés acceptent spontanément de se 'nationaliser', c'est-à-dire de participer à notre construction nationale. Nous n'envisageons pas quant à nous d'autre processus de 'nationalisation' en dehors de cette libre coopération dans la confiance." Auch die ausländische Hilfe, für die Senegal ein loyaler Partner sein werde, sei sehr willkommen, sofern sie nicht eigennützige Ziele verfolgt (Neokolonialismus), sondern den wahren Interessen des Landes dient. Die ganze Bevölkerung schliesslich muss "politisiert", zum Bewusstsein

- 8 -

ihrer neuen Verantwortung geweckt werden.

Die mit den Festlichkeiten verbundenen Empfänge und Veranstaltungen sowie die weiteren in Dakar verbrachten Tage gaben dem schweizerischen Delegierten Gelegenheit zu verschiedenen Gesprächen. Nachstehend die wichtigsten davon:

Ministerpräsident Mokhtar Ould Daddah von Mauretanien.

Ankündigung eines baldigen Agrémentgesuches für den künftigen, in Dakar residierenden schweizerischen Botschafter. - Das Agrément ist seither erteilt worden.

Präsident Hubert Maga von Dahomey.

Erörterung der Agrémentfrage. Solange kein Missionschef mit Residenz in Porto-Novo selbst akkreditiert werden kann, würde es Maga - entgegen den Auskünften seiner Botschaft in Paris - entschieden vorziehen, dass unser Botschafter in Abidjan statt jenes in Lagos für Dahomey zuständig sei. - Dies entspricht auch unseren Plänen.

Vorsprache bei Transportminister Abdoulaye Fofana.

Erörterung unseres Wunsches, mit Senegal ein Luftverkehrsabkommen abzuschliessen. Provisorische Ansetzung der Verhandlungen auf Mitte Mai 1961.

Vorsprache bei Aussenminister Doudou Thiam.

Einholung des Agréments für den künftigen schweizerischen Botschafter mit Residenz in Dakar. (Das Agrément wurde tags darauf erteilt.) Im Verlaufe des weiteren Gesprächs betont der Aussenminister die Bedeutung der algerischen Frage für Afrika. Als Freund Frankreichs könne die senegalesische Regierung offen und vertrauensvoll mit Paris sprechen. Dieses müsse aber auch gewisse Rücksichten verstehen, die die Regierung in Dakar nach aussen hin auf die eigene öffentliche Meinung zu nehmen hat. Was not tut, ist eine ehrliche, auf das Wesentliche gerichtete, unpolemische Verhandlung zwischen Frankreich und Algerien. Die in die gleiche Richtung zielenden Bemühungen der Schweiz finden in Dakar volle Anerkennung.

./.

Ausstellung in St. Louis.

Am 1. April hatte der Unterzeichnete Gelegenheit, unter Teilnahme verschiedener Regierungsmitglieder der Eröffnung einer Handelsmesse in der malerischen Hafenstadt St. Louis an der mauretanischen Grenze beizuwohnen. Leider war die Schweiz, obwohl dies mit geringen Kosten möglich gewesen wäre, mit keinem Stand vertreten. Weder die Schweiz. Zentrale für Handelsförderung, die vom Konsulat angefragt worden war, noch die Swissair-Agentur in Dakar hatten (anders als beispielsweise Air France, Air Liban, Lufthansa u.a.m.) Interesse daran gezeigt. Die einzigen Schweizerprodukte waren Instrumente der Firma Wild Heerbrugg, die durch ihre französische Vertreterin im Senegal ausgestellt wurden.

GUINEA

Im Gegensatz zum wohlhabenden Senegal - und noch mehr zur sichtbaren Prosperität in Ghana und an der Elfenbeinküste - bietet Guinea das Bild einer stagnierenden, schrumpfenden Wirtschaft. Das monetäre Experiment einer eigenen, ausserhalb der Landesgrenzen praktisch wertlosen Währung, die Verstaatlichungstendenzen, der Abzug eines Grossteils der ausländischen Handelsfirmen (wie z.B. Siber Hegner) hat das Land in erhebliche Schwierigkeiten geführt. Der Staat greift auf immer neue Wirtschaftssektoren über. Sogar die "entraîneuses" im einzigen Nachtlokal Conakrys, die sich unaufgefordert an die Tische der Klienten setzen kommen, sind Staatsangestellte! Einzig die Ausbeutung der Bodenschätze (Bauxit, Eisenerz) durch ausländische Gesellschaften (des Westens), so u.a. durch die FRIA (mit 10-prozentiger Beteiligung der AIAG) hält die Staatsfinanzen noch einigermaßen über Wasser. Lebenswichtige Dinge verschwinden sukzessive vom Markt; Ersatzteile fehlen zusehends. Der Osten, auf den die Regierung grosse Hoffnungen gesetzt hatte, vermag, obwohl es von Ostexperten wimmelt (Russen in Zusammenarbeit vor allem mit Tschechen, aber auch mit Polen; Chinesen "auf eigene Rechnung"), die Lücke nicht

- 10 -

zu-schliessen. Die aus dem Osten, namentlich aus der Tschechoslowakei bezogenen Waren haben sich häufig als minderwertig erwiesen und dem Prestige der Sowjetblocks geschadet. Die Bevölkerung lebt ihrerseits stumpf in den Tag hinein und nimmt an den politischen Ereignissen kaum mehr Anteil. Ein weiterer Niedergang könnte das Land, wenn kein anderer Ausweg übrig bleibt, schliesslich vollends in die Arme der Sowjets ausliefern. Es scheint, dass nun auch Regierungskreise beginnen, diese Gefahr, wenn auch reichlich spät, zu erkennen. Für den Westen scheint es deshalb geboten, Guinea weiterhin Aufmerksamkeit zu schenken. Der französische, britische und amerikanische, aber auch der jugoslawische Botschafter, der sich vom Ostblock ostentativ distanziert, setzen sich denn auch für vermehrte westliche Präsenz ein. Enttäuschungen und Rückschläge werden dabei nicht ausbleiben. Es sei nur auf die Schwierigkeiten hingewiesen, denen beispielsweise der schweizerische Nationalbankexperte *V i r i e u x* bei seinen Versuchen, Ordnung in das guineische Bankwesen zu bringen (vgl. seine Berichte), oder unser junger Landsmann *D e i l l o n*, Leiter des "bureau d'études" im Handelsministerium, täglich begegnen. Es braucht viel Geduld, um in Guinea auszuharren. Doch besteht noch Hoffnung, dass die Mühe nicht vergeblich sein wird.

Hauptzweck der beiden Aufenthalte in Conakry war die Angelegenheit unseres jungen, von einem guineischen Volksgericht vor Jahresfrist wegen angeblicher Teilnahme an einem staatsfeindlichen Komplott zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilten Landsmanns

Francis Fritschy.

Im Verlauf des Jahres 1960 waren drei persönliche Botschaften des Bundespräsidenten an den Präsidenten von Guinea ohne Antwort geblieben. Der Unterzeichnete war nun Träger eines neuen Schreibens von Bundespräsident Wahlen an den Präsidenten Sékou Touré (Beilage 1). Es bedurfte erheblicher Vorbereitungen und Manöver, auf die hier nicht näher eingetreten sei, bis der

./.

- 11 -

schweizerische Delegierte, begleitet von Vizekonsul Guélat, am 11. April durch Sékou Touré, der leidend war, alle Besuche abgesagt hatte und offensichtlich auch unserer Vorsprache aus dem Wege gehen wollte, empfangen wurde. Wir benützten die Ueberreichung des Schreibens, um den schweizerischen Standpunkt auch mündlich mit allem Nachdruck darzulegen. Auf schweizerischer Seite sei man überzeugt, dass Fritschy mehr durch Ungeschick und durch eine unglückliche Verkettung von Umständen als durch wirkliche Schuld in die Angelegenheit verwickelt worden sei. Man wolle von schweizerischer Seite das Vorgehen der guineischen Justiz nicht beanstanden. Was man wünsche, sei aber eine Gnadenmassnahme des Präsidenten, wobei auch die Sympathie der Schweiz für die Unabhängigkeitsbestrebungen in Afrika (unsere Bemühungen in der Algerienfrage als jüngstes Beispiel), unsere der Republik Guinea gewährte technische Hilfe (Virieux etc.), die neuen Stipendiengesuche der guineischen Regierung (Bankangestellte, Hotelfachleute) sowie der gegenseitige Wunsch nach Erhaltung vertrauensvoller Beziehungen in die Waagschale zu legen seien. Der Bundesrat hoffe, mit seinem Begehren beim Präsidenten der Republik Guinea endlich auf Verständnis zu stossen. - Sékou Touré nahm hievon ohne näheren Kommentar Kenntnis, las den Brief des Bundespräsidenten aufmerksam durch und ersuchte den Unterzeichneten, auf seiner Rückreise aus Afrika zur Entgegennahme der Antwort nochmals in Conakry vorzusprechen.

Der Unterredung waren Besprechungen mit Ausserminister Louis Lansana Béavogui, der mir von seinen Berner Besuchen von 1959 her persönlich bekannt war, dem Ministergouverneur der Bank von Guinea, Moussa Diakité, dem Staatsminister Diallo Abdourahmane (Stellvertreter von Sékou Touré; war 1960 an der Seerechtskonferenz in Genf) und anderen Persönlichkeiten vorausgegangen. Bei allen wurde mit gleichem Nachdruck auf die Freilassung Fritschys gedrängt. Ausserdem wurde mit dem Generalvikar von Conakry, Pater Tsch-

./.

- 12 -

dimbo, einem Afrikaner, Fühlung genommen, der versprach, seinerseits auf die drei praktizierenden Katholiken innerhalb der Regierung einzuwirken. Zweck all dieser Kontakte war, wenn möglich sowohl in der Regierung wie im Politischen Büro, durch das der Präsident Entscheide politischer Natur sanktionieren zu lassen pflegt, günstige Voraussetzungen für die Freilassung Fritschys zu schaffen. (9 Regierungsmitglieder gehören gleichzeitig dem 19-köpfigen politischen Büro an; Sékou Touré ist dessen Generalsekretär.)

Nach telegraphischer Voranmeldung beim Aussenminister erschien der Unterzeichnete am 27. April verabredungsgemäss nochmals in Conakry. Unterdessen war dort im Einvernehmen mit dem Politischen Departement der Genfer Anwalt der Familie Fritschy, Me Raymond Nicolet, eingetroffen, mit dem sich eine fruchtbare Zusammenarbeit ergab. An die Dienste anknüpfend, die er dem GPRA als Kontaktmann im Hinblick auf die Verhandlungen von Evian erwiesen hatte, beanspruchte Nicolet vor allem die Dienste des Sékou Touré nahestehenden GPRA-Vertrötters in Conakry, O m a r O u s s e d i k, um den Präsidenten und dessen Umgebung zu beeinflussen. Oussedik, der sich auf eine Ermächtigung von Ferhat Abbas berufen konnte, erwies sich für Nicolet als treuer Freund und unterstützte diesen in seinen Bemühungen nach besten Kräften.

Laut Informationen, die uns im Verlaufe meines zweiten Aufenthaltes in Conakry zukamen, schien das Haupthindernis für einen Gesinnungswandel Sékou Tourés zugunsten von Fritschy immer noch in seinem Verdachte zu liegen, dass bei der Ermordung seines Freundes Félix Roland M o u m i é (Führer der exilierten kamerunischen Revolutionsbewegung UPC) in Genf eine Komplizität schweizerischer Behörden vorgelegen sei. Wir beschlossen deshalb, mit den Leitern des UPC zusammenzutreffen. Es geschah dies in zwei Besprechungen vom 29. und 30. April. Schweizerischerseits nahmen daran teil Me Nicolet, Vizekonsul Guélat und der Unterzeichnete, seitens der

./.

- 13 -

UPC am ersten Tag Robert Ekwala, "Secrétaire de la Conférence général du travail du Cameroun", Nijawue Nicanor, Vertreter der UPC in Marokko, am zweiten Tag ausserdem der Vater, die Witwe und der Nachfolger Moumiés, A b e l K i n g u é. Die UPC-Leitung fand sich schliesslich zum Eingeständnis bereit, dass die Behauptung von der schweizerischen Komplizität nicht haltbar sei. Lediglich hinsichtlich von UPC-Propagandaschriften, die in der Druckerei der "Voix Ouvrière" gedruckt worden waren und in der Folge auf Verlangen der Bundesanwaltschaft eingezogen wurden, besteht noch eine Differenz.

Nach all diesen Vorbereitungen war der Generalsekretär des Aussenministeriums, D i a l l o A l p h a, endlich in der Lage, mir am 2. Mai die Antwort Sékou Tourés auf das Schreiben des schweizerischen Bundespräsidenten zu übergeben. Der Präsident der Republik führt darin u.a. aus "que nous étudions la voie la plus appropriée pour réserver une suite favorable et rapide à votre lettre" (voller Text Beilage 2). Ich verfehlte nicht, nochmals auf die baldige Freilassung Fritschys zu drängen. Es scheint, dass Sékou Touré nunmehr dazu bereit wäre, aber vorher noch einen entsprechenden Beschluss des politischen Büros provozieren will. Eine Zusammenkunft dieses Büros kam vor der Abreise Sékou Tourés an die Konferenz der Casablanca-Staaten in Kairo nicht mehr zustande. - Der Unterzeichnete ist hierauf in die Schweiz zurückgekehrt, während Anwalt Nicolet in Conakry verblieb, in der Hoffnung, Fritschy eventuell besuchen und seine Freilassung abwarten zu können. - Sollte diese nochmals verzögert werden, so könnte Sékou Tourés Brief als Anknüpfung für eine neue Demarche verwendet werden.

Ueber die weiteren Kontakte in Conakry ist ergänzend noch folgendes zu berichten:

Französischer Botschafter Ponce.

Ich bin in der Lage, ihm drei aus dem Gefängnis geschmuggelte

./.

- 14 -

Botschaften des französischen Schicksalsgenossen von Fritschy, Rossignol, zu übergeben. Ponce verspricht äusserste Diskretion. Er wird im übrigen mit Demarchen zugunsten Rossignols zuwarten, bis wir mit Fritschy zu einem Ergebnis gelangt sind, um unsere Schritte nicht zu beeinträchtigen und selbst bessere Erfolgsaussichten zu gewinnen. - Ich orientierte ihn "à titre personnel" über unsere zweckbedingten Kontakte mit GPRA und UPC; er hat dafür volles Verständnis.

USA-Botschafter William Attwood

Betrachtet die Kuba-Affäre als einen unbegreiflichen Fehler, der für die USA zu einem starken Rückschlag in Afrika geführt habe. Die ganze Aufbauarbeit müsse nun neu beginnen. - Bittet mich, ihn mit dem wegen der amerikanischen Waffenhilfe an Frankreich gegenüber den USA feindselig eingestellten GPRA-Vertreter in Conakry, dem schon genannten Oussedik, bekannt zu machen.

Diakité Moussa, Minister-Gouverneur der Bank von Guinea

Aeussert sich positiv über die Tätigkeit unseres Nationalbankexperten Virieux. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen in der Schweiz und in Guinea weichen grundlegend voneinander ab. Meinungsverschiedenheiten seien deshalb manchmal nicht zu vermeiden. Man müsse davon ausgehen, dass der Guinea-Franken ausschliesslich Inlandwährung sei, während nach aussen nur mit Devisen operiert werde. Die Kritik Virieux' sei aber nützlich und lehrreich. Auch wenn einige seiner Vorschläge nicht befolgt werden könnten, seien gute Fortschritte erzielt worden.

Framoi Béréte, Aussenhandelsleiter im Wirtschaftsministerium

Hatte mich im Oktober 1960 in Bern besucht (gemeinsames Mittagessen). Erklärt mir spontan, dass er sich inzwischen auf mein damaliges Ersuchen hin beim Präsidenten für Fritschy verwendet hat. Hofft auf einen baldigen Handelsvertrag mit der Schweiz. Ich bemerke, dass die Freilassung Fritschys die psychologischen Voraussetzungen dafür verbessern würde. Ist von der Arbeit des schweizerischen Experten Deillon sehr befriedigt.

./.

Gérard Cauche, "Conseiller technique" des Wirtschaftsministeriums

War vergangenen Oktober ebenfalls in Bern. Angeblich französischer Kommunist. Legt erneut seine Theorie von der Notwendigkeit dar, den Handelsverkehr zwischen einem unterentwickelten und einem hochentwickelten Land rein bilateral und zahlungsbilanzmässig völlig ausgeglichen zu gestalten. Wünscht deshalb einen Handelsvertrag mit verbindlich festgelegten Kontingenten statt nur mit unverbindlichen Warenlisten. Mein Hinweis auf die Vorteile der Multilateralisierung stösst bei ihm auf Verständnislosigkeit.

Ich habe ausserdem in Conakry den Feiern des 1. Mai beigewohnt. Die Rede des Präsidenten enthielt, neben den üblichen antikolonialistischen Schlagworten, einen Appell an seine Landsleute zu vermehrter Arbeitsleistung. Nur wer arbeitet, hat Anspruch auf angemessenen Lohn. Der Ankündigung, dass ihm (wie Nehru, Fidel Castro und anderen) der Lenin-Friedenspreis verliehen worden sei, fügt Sékou Touré bemerkenswerterweise bei, dies freue ihn umso mehr, als er seinen russischen Freunden unmissverständlich erklärt habe, er sei kein Kommunist und Guinea kein kommunistisches Land. Geringes Interesse der Bevölkerung, die sich nach dem Umzug rasch verläuft, ohne die Rede des Präsidenten, der kaum 1000 Personen beiwohnen, abzuwarten. - Am abendlichen Fest, nach Vorführung sowjetischer Propagandafilme übelster Machart über den Kongo, eröffnet Sékou Touré den Tanz demonstrativ mit der Witwe Moumiés.

GHANA

Starke wirtschaftliche Präsenz der Schweiz durch die "Union Handelsgesellschaft" (beschäftigt 90-95 Europäer, wovon 70-75 Schweizer, neben 1600 Afrikanern), das Bauunternehmen Lang (70-80 Schweizer und ca. 5000 Afrikaner), die schweizerische Brauerei von Akkra (16 Schweizer, 460 Afrikaner) u.a.m. Durch ihre Tätigkeit (eigene Werkstätten, Ausbildung von

- 16 -

Spezialisten verschiedener Art wie Möbelschreiner, Optiker, Uhrmacher, eigene Mechanikerschule der UTC, etc.) leisten diese Unternehmen schon seit Jahrzenten eine stille, aber umso wirksamere technische Hilfe an ihr Gastland.

Der Wunsch, den schweizerischen Investierungen durch eine vertragliche Abmachung, sei es im Rahmen eines Freundschafts- oder eines besonderen Investitionsschutzabkommens vermehrte Sicherheit zu verleihen, erscheint schwer realisierbar. Kwame Nkrumah hat zwar vor einiger Zeit in dieser Hinsicht beruhigende öffentliche Erklärungen abgegeben, ist aber offenbar nicht geneigt, über diese generellen Zusicherungen hinauszugehen.

Neben Fragen administrativer Natur wird der Aufenthalt in Ghana vom Unterzeichneten in erster Linie, zusammen mit Botschafter René Keller und seiner Gattin, zum Besuch des Basler Missionsspitals in Agogo (ca. 250 km nördlich von Akkra) benützt. Es gilt abzuklären, ob der Institution durch einen Beitrag aus Bundesmitteln der technischen Zusammenarbeit zur Errichtung einer neuen Kinderabteilung und zur Erweiterung der Krankenpflegeschule, die gemeinsam mit der Regierung von Ghana erfolgen soll, beigestanden werden kann. - Das Spital macht einen ausgezeichneten Eindruck, leistet in aller Stille erstklassige Arbeit, kommt einer ganzen Landesgegend zugute und legt für die Schweiz Ehre ein. Der Ausbau dieser schon bestehenden Institutionen erscheint zweckmässiger als die Zersplitterung unserer Mittel in neuen Projekten. - Dem Dienst für technische Zusammenarbeit ist inzwischen ein Bericht, der die Unterstützung des Missionsspitals warm befürwortet, unterbreitet worden.

Eine zufällige Begegnung mit dem englischen Oberkommandierenden der ghanesischen Streitkräfte, General Alexander (im Kongo bekannt geworden) erlaubt es, die gleichentags verbreitete Meldung von einer angeblichen Waffenlieferung aus der Schweiz nach Katanga unter Hinweis auf unsere gesetzlichen Vorschriften und unsere restriktive Bewilligungspraxis,

./.

die eine solche Lieferung in der heutigen Lage ausschliessen würde, in das richtige Licht zu rücken.

LIBERIA

Als das älteste unabhängige Land Westafrikas ist Liberia, dem keine koloniale Förderung zuteil wurde, auch das rückständigste und am wenigsten erschlossene. Präsident Tubman scheint die damit in der heutigen Umwelt verbundenen Gefahren verstanden zu haben und das Versäumte nachholen zu wollen. Monrovia, als Stadt lange vernachlässigt, erwacht zu neuem Leben. Eine fieberhafte, oft unnatürlich wirkende, zu einem guten Teil aus israelischer Quelle finanzierte Bautätigkeit ist im Gang und soll noch Jahre andauern. Schweizerisches Kapital ist daran mit der Errichtung einer grossen Brauerei (gleiche Zürcher Gruppe wie Brauerei in Akkra) beteiligt; der Bau wird vom Unternehmer Lang in Akkra ausgeführt. Nach übereinstimmenden Feststellungen verschiedener Beobachter hat Liberia in den letzten vier Jahren grössere Fortschritte erzielt als vorher in einem halben Jahrhundert. Die zwischen den Universitäten Zürich und Monrovia vereinbarte Zusammenarbeit mit dem Ziel, in Monrovia eine medizinische Fakultät zu schaffen, gehört in diesen Rahmen.

Ausser einem Höflichkeitsbesuch beim V i z e - p r ä s i d e n t e n T o l b e r t, der in Dakar an den Unabhängigkeitsfeiern teilgenommen hatte, dient der Aufenthalt in Monrovia vor allem einer Abklärung der beiden folgenden Fragen :

Abschluss eines Freundschaftsvertrages

Seit dem Staatsbesuch Präsident Tubmans in der Schweiz vom Oktober 1956 sind zwischen den beiden Ländern sporadische, auch von Minister Stopper anlässlich seiner Teilnahme an der Amtseinsetzung Tubmans von 1960 wiederaufgenommene Verhandlungen über den Abschluss eines Freundschaftsvertrages im Gange. Nachdem sich gezeigt hatte, dass sie auf dem Wege der

- 18 -

üblichen diplomatischen Kontakte nur mühsam vorangingen, benutzte der Unterzeichnete seinen Aufenthalt in Monrovia, um die Angelegenheit, in Begleitung von Vizekonsul Wolf, durch persönliche Besprechungen mit S t a a t s s e k r e t ä r (Aussenminister) J. R u d o l p h G r i m e s (Absolvent der Harvard University; faktisch nach Tubman der zweite Mann im Staate) und anschliessend mit dessen Mitarbeiter Mr. B r i g h t (Absolvent der University of West Virginia; stellvertretender Leiter des Rechtsdienstes) zu fördern. Es konnten namhafte Fortschritte erzielt werden. In erster Linie ist Liberia, entgegen der früheren Haltung, nunmehr grundsätzlich bereit, mit uns neben dem Freundschafts- noch einen separaten Vergleichs- und Schiedsvertrag abzuschliessen; der dem Staatssekretär suggerierte Gedanke, den anderen afrikanischen Staaten mit einem solchen Vertrag beispielhaft voranzugehen, scheint nicht ohne Einfluss gewesen zu sein. In Bezug auf Text und Inhalt des Freundschaftsvertrages, der über den unverbindlichen Wortlaut solcher Vertragswerke hinausgehen soll (neben den üblichen Klauseln über Aufenthalt, Niederlassung, Freizügigkeit etc. sind auch Abmachungen über die gegenseitigen diplomatischen und konsularischen Vertretungen sowie die Meistbegünstigung in Handelssachen vorgesehen), konnte ebenfalls über weite Strecken Uebereinstimmung erzielt werden. Schwierigkeiten bestehen nur noch hinsichtlich des schweizerischen Wunsches nach Einbau einer Investitionsschutzklausel. Auf liberianischer Seite ist man einer solchen generellen Klausel abgeneigt. Staatssekretär Grimes bemerkte dazu, dass Liberia an ausländischen Investitionen sehr interessiert sei, diese bisher in keiner Weise behindert habe und es auch in Zukunft nicht zu tun beabsichtige. Man möchte aber offenbar keinen Präzedenzfall schaffen. Dagegen ist Liberia, wenn wir es wünschen, gewillt, in einem Notenwechsel seine Bereitschaft festzulegen, bei künftigen Investitionen in jedem Einzelfall dem Investor die gewünschten Garantien für die Sicherheit seiner Anlage abzugeben. - Es wäre dies immerhin ein gewisser

./.

- 19 -

Fortschritt, der allerdings nur den neuen, nicht aber den schon bestehenden Investitionen zugute käme. Unter den letzteren sind vor allem jene der "Liberian Trading Company" (Union Handelsgesellschaft, Basel) zu nennen, die in Monrovia eine bedeutende Rolle spielt und neben 20 Schweizern rund 200 Afrikaner beschäftigt. Ihre Interessen dürfen nicht vernachlässigt werden. Da jedoch die L.T.C. demnächst in Liberia namhafte Neuinvestitionen zu machen gedenkt (Bau grosser Lagerhäuser, später auch eines neuen Geschäftsgebäudes), könnte sie mit unserer Hilfe den Anlass benützen, um nicht nur - im Sinne des liberianischen Angebots - diese neuen Investitionen garantieren zu lassen, sondern eventuell auch für die alten Anlagen gewisse Zusicherungen zu erhalten. Der Leiter der L.T.C., Generalkonsul Taverna, mit dem ich darüber sprach, teilt diese Auffassung. - Die Angelegenheit wird nun mit den zuständigen schweizerischen Stellen auf Grund der Besprechungen in Monrovia überprüft werden.

Projekt einer Handwerkerschule

Besprechung vom 9. April mit E r z i e h u n g s - m i n i s t e r N a t h a n i e l M a s s a q u o i (hat in Deutschland studiert, kennt die Schweiz gut, spricht fließend deutsch). Ebenfalls anwesend Vizekonsul Wolf. Erörterung des von liberianischer Seite aufgeworfenen Gedankens, in Monrovia unter Assistenz der schweizerischen technischen Zusammenarbeit eine Schule für Bauhandwerker zu errichten. Der Minister steht den bisherigen, von den Amerikanern geförderten Erziehungsmethoden seines Landes, die er grundlegend revidieren will, kritisch gegenüber. Jeder halbwegs intelligente Liberianer wolle "lawyer or president" werden, statt einen nützlichen handwerklichen Beruf zu erlernen. Eine schweizerische Handwerkerschule könnte hier eine gewisse Abhilfe schaffen. Wir einigen uns denn auch rasch auf das Projekt eines Gemeinschaftswerkes, zu dem Liberia den Baugrund, den Bau selbst (nach schweizerischen Plänen), den Unterhalt der Schüler und die Unterkunft der Experten beitragen würde, während die Schweiz

./.

- 20 -

das Lehrpersonal (inklusive Besoldung) sowie die Werkzeuge und die sonstige Ausrüstung zur Verfügung zu stellen hätte. Vorgesehen wären rund 40 Schüler, die - um jede Günstlingswirtschaft zu vermeiden - auf Wunsch des Ministers "on competitive basis" durch die schweizerischen Experten ausgewählt würden. Als Lehrwerkstätte mit eigener Produktion könnte die Schule teils sogar selbsterhaltend gestaltet werden. - Das Projekt wird zurzeit vom Dienst für technische Zusammenarbeit geprüft.

ELFENBEINKUESTE

Der zweitägige Aufenthalt in Abidjan, das den Eindruck intensiver wirtschaftlicher Prosperität hinterlässt (lebhaftes Bautätigkeit, Errichtung eines neuen, hochmodernen Regierungsquartiers), ist gewissen Problemen administrativer Natur sowie Fragen der technischen Hilfe gewidmet.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der vor rund 10 Jahren auf Initiative von Konsul Wimmer unter den Auspizien der Schweizerischen Naturforschenden Gesellschaft und des Tropeninstituts unter dem Namen "Centre suisse" in Adiopodoumé bei Abidjan errichteten Forschungsstation. Landschaftlich prachtvoll im Gelände des grossen französischen Forschungszentrums ORSTOM ("Office de recherches scientifiques et techniques d'Outre-Mer") gelegen, unterhält sie mit diesem, unter Wahrung völliger Selbständigkeit, engen wissenschaftlichen Kontakt. Während das "Centre suisse" anfänglich florierte, stösst es in den letzten Jahren in der Schweiz auf zunehmendes Desinteressement. Obwohl es drei bis vier sehr gut ausgebaute Arbeitsplätze für junge Forscher aufweist, ist seit einiger Zeit nur noch der Leiter, ein junger Zoologe, in Adiopodoumé tätig. Bereits wurde sogar eine Schliessung erwogen. Eine solche Entwicklung wäre sehr zu bedauern. Es geht darum, das wissenschaftliche "standing", das hier in jahrelanger Arbeit geschaffen wurde, zu erhalten. Ein Rückzug würde in Abidjan

./.

weder von den Behörden noch von den wissenschaftlichen Kreisen verstanden. Es erschiene anachronistisch, gerade in einer Zeit, in der wir überall zum Auf- und Ausbau schweizerischer Institutionen schreiten, in einem Entwicklungslande wie der Elfenbeinküste an einen Abbau zu denken. Es geht also darum, Mittel und Wege zu finden, um dem "Centre suisse", ideell und wohl auch materiell, neues Leben einzuhauchen. Dem Dienst für technische Zusammenarbeit wurde hierüber eingehend Bericht erstattet. Dabei wird auch ein Plan erwogen, die Institution durch Errichtung einer dringend benötigten Schule zur Heranbildung afrikanischer Lehrer sinnvoll auszuweiten.

In Abwesenheit des Staatspräsidenten Houphouët-Boigny bietet sich Gelegenheit, in Begleitung von Konsul Wimmer dem Vizepräsidenten Auguste Denise einen Besuch abzustatten. Auch er bekundet lebhaftes Interesse für unsere Bemühungen, die Zusammenkunft von Evian zu ermöglichen. In Bezug auf sein eigenes Land betont er die Verbundenheit der Elfenbeinküste mit dem Westen. Die östliche Doktrin bildet aber für Afrika eine starke Verlockung. Einige Staaten schwanken noch, welchen Weg sie einschlagen sollen. Sékou Touré in Guinea, mit dem als früherem Weggenossen weiterhin Kontakt gehalten wird, sei nun zwar auf Grund seiner Erfahrungen und Enttäuschungen persönlich entschlossen, wieder auf die westliche Karte zu setzen. Wird er sich aber gegen seine Mitarbeiter, namentlich gegen seinen radikalen Halbbruder Ismaïl Touré, durchsetzen können? Gefährlicher als die Experimente Sékou Tourés erscheint dem Vizepräsidenten die radikale Politik Kwame Nkrumahs im benachbarten Ghana, die in Abidjan mit grösstem Misstrauen verfolgt wird. - Die Elfenbeinküste hat, wie Denise betont, westliche Hilfe nötig, um die Bevölkerung gegen die östlichen Versuchungen schützen zu können. Das Schwergewicht ist auf Erziehung und Schulung zu legen. Die Schweiz, der man grosse Sympathie entgegenbringt, könnte hier einen wertvollen Beitrag leisten. - Wenn sich der Kommunismus in Afrika durch-

- 22 -

setzen sollte, würde dies zu einer Invasion des Kontinentes durch die Chinesen führen und das Gesicht Afrikas vollständig wandeln. Die grösste Gefahr droht den Schwarzen nicht von der weissen, sondern von der gelben Rasse.

Auch sonst scheinen zwischen Abidjan und Conakry recht gute Verbindungen weiterzubestehen. Herr Porquet, künftiger Botschafter der vier Staaten des "Conseil de l'Entente" in Bern (früherer "maire" von Abidjan), den ich im Hause unseres Konsuls treffe, anerbietet sich, bei Sékou Touré, mit dem er immer noch befreundet sei, zugunsten Fritschys zu intervenieren. - Man wird darauf, sofern die gegenwärtigen Bemühungen ergebnislos bleiben, zurückkommen können.

REPUBLIK MALI

Nach dem Bruch der Föderation mit dem konservativeren Senegal ist Mali zweifellos jenen westafrikanischen Staaten zuzurechnen, die auf dem Wege zum Sowjetblock ein gutes Stück vorangeschritten sind. Auch bei Mali scheint dies weniger aus ideologischen Ueberlegungen, als aus einer gewissen Reaktion gegenüber Frankreich geschehen zu sein, dessen Sympathien beim Auseinanderfallen der Föderation eindeutig auf senegalesischer Seite lagen. Die bereitwillig, wenn auch nicht uneigennützig aus dem Osten angebotene Unterstützung (Erweiterung des guineischen Brückenkopfes in das Innere Afrikas hinein) erschien in dieser Situation willkommen. Indessen macht sich in Mali gegenüber dieser Hilfe und den zahlreichen russischen, tschechischen (u.a. tschechische Piloten der Iljuschin-Flugzeuge von Air Mali), aber auch chinesischen Experten ebenfalls eine gewisse Ernüchterung bemerkbar. Andererseits bemüht sich Frankreich, im Unterschied zur seinerzeitigen Trotzreaktion gegenüber Guinea, seine Position in Mali nach Möglichkeit, z.B. durch Belassung von Beratern, zu wahren. Das französische Armeekontingent (15'000 Mann) wird Mali allerdings auf Wunsch der Regierung von Bamako noch diesen Monat verlassen, und die Luftbasis soll bis zum Oktober geräumt

./.

- 23 -

werden. Das Gefallenendenkmal, gleich wie jenes von General Galliéni, ist aber noch unberührt, während es in Conakry schon seit langem in ein "Monument aux martyres du colonialisme" umgewandelt wurde. Auch die französischen Kriegsauszeichnungen werden noch - gleich wie die britischen in Ghana - im Gegensatz zu Guinea gern zur Schau gestellt. In der Regierung selbst machen sich verschiedenartige Tendenzen bemerkbar. Der Wunsch, mit dem Westen in Kontakt zu bleiben, ist aber stark. Dies gilt auch gegenüber der Schweiz. Als erster offizieller schweizerischer Vertreter, der Bamako nach Erlangung der Eigenständigkeit aufsuchte, wurde der Unterzeichnete sehr zuvorkommend empfangen (stellvertretender Protokollchef am Flugplatz, Auto mit Chauffeur zur freien Verfügung). - Die politische Stimmung des Landes ergibt sich im übrigen am besten aus den mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten geführten Gesprächen. Unser rühriger, aus Genf gebürtiger Korrespondent, Roger-Gaston Progin, "expert comptable agréé", der zum Konsularagenten ernannt werden soll, begleitete mich bei den Besuchen. Die wichtigsten davon seien nachstehend kurz skizziert:

Regierungspräsident Modibo Keita

Ich bin beauftragt, den Präsidenten um Erteilung des Agréments für unseren in Akkra residierenden Botschafter zu ersuchen. Er nimmt davon mit offensichtlicher Genugtuung Kenntnis und verspricht eine baldige zustimmende Antwort, die uns inzwischen bereits erreicht hat. Ausserdem bin ich Träger eines Schreibens des schweizerischen Bundespräsidenten, worin der Regierung von Mali die Dienste eines auf unsere Kosten zu entsendenden schweizerischen Experten zur Reorganisation des Informationswesens angeboten werden. Auch davon nimmt Modibo Keita mit Interesse Vormerk und verspricht die Prüfung des Vorschlags. (Der etwas ungewöhnliche Weg, ein solches Angebot über den Präsidenten zu leiten, erwies sich als erforderlich, nachdem sich herausgestellt hatte, dass unser früherer, durch Vermittlung der Botschaft in Paris eingereichter Vorschlag

./.

innerhalb der Behördenhierarchie, offenbar zur Begünstigung einer tschechischen Kandidatur für den gleichen Posten, blockiert worden war.) Das Gespräch endet mit Versicherungen der Bereitschaft beider Seiten zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit.

Staatsminister Jean-Marie Koné (Stellvertreter von Modibo Keita)

Hatte den Wunsch geäußert mich zu sehen, und empfängt mich sehr herzlich. Mali ist im Ausland zu wenig bekannt. Es wird zu Unrecht behauptet, dass sich das Land einem Block angeschlossen habe. Malis Ziel ist politisch das "non-alignement" und wirtschaftlich der afrikanische Sozialismus. Zwei Länder finden vor allem Bewunderung: die Schweiz wegen ihrer politischen Neutralität, und Jugoslawien, weil es ihm gelungen sei, den Sozialismus zu verwirklichen, ohne dem Sowjetblock anzugehören. - Die Regierung von Mali ist allen Staaten, die ihm Entwicklungshilfe bringen - es benötige sie namentlich seit dem Bruch der Föderation dringend - sehr dankbar.

Handels- und Industrieminister Hamaciré N'Douré

Auch er ist an den Möglichkeiten einer technischen Hilfe der Schweiz lebhaft interessiert.

In wirtschaftlicher Hinsicht arbeitet Mali zwar eng mit Guinea zusammen, teilt aber dessen Auffassungen, die ihm zu doktrinär erscheinen, nur teilweise. Den reinen Bilateralismus, wie in Guinea propagiert, betrachtet N'Douré als Utopie. Im Handelsverkehr zwischen Mali und Guinea liefert Mali bedeutend mehr, als es von Guinea bezieht. Die Abtragung der Spitze in Devisen ist für Guinea, dessen Währung ausserhalb seiner Grenzen keinen Wert besitzt, unmöglich. Mali hat deshalb akzeptiert, Waren aus Drittstaaten, die Guinea transitieren, von diesem zum Ausgleich der Handelsbilanz entgegenzunehmen. In einem gewissen Sinne ist dies schon ein Beginn des Multilateralismus. Mali ist bereit, mit anderen Staaten, auch mit uns, Handelsverträge abzuschliessen, ohne darauf zu beharren, dass von Anfang an verbindliche Warenkontingente festgelegt werden; man könne zunächst abwarten, wie sich der Handel ein-

spielt, und die gegenseitigen Kontingente dann auf Grund der gemachten Erfahrungen ansetzen.

Währungspolitisch will die Regierung alle Experimente vermeiden. Sofern Frankreich keine unüberwindlichen Hindernisse in den Weg legt, wird Mali in der Franc-Zone verbleiben. Die Fehler Guineas sollen nicht wiederholt werden. Nach der Sezession war Mali genötigt, zur Verhinderung einer massiven Devisenflucht die Devisenbewirtschaftung einzuführen, möchte diese aber sukzessive möglichst bald wieder abbauen.

Auch N'Douré betont den Wunsch nach "non-alignement". Die zahlreichen Ostexperten dürfen nicht zu falschen Schlüssen verleiten. Wenn Mali seine Erdnüsse nach der Sowjetunion verkauft, erhält es französische Vorwürfe zu hören, und wenn es seine Lastwagen in Westdeutschland bestellt, sind die Tschechen unzufrieden. Nach beiden Seiten müssen solche Vorwürfe zurückgewiesen werden. Mali entscheidet als souveräner Staat auf Grund seiner eigenen Interessen und wird dies auch in Zukunft tun. Das Ziel ist weder der Osten noch der Westen, sondern die eigene "afrikanische Persönlichkeit" des Mali.

(N'Douré hat seither der Schweiz seinerseits einen zweitägigen Besuch abgestattet, in dessen Verlauf er vom Bundespräsidenten empfangen und vom Chef des Politischen Departementes zum Mittagessen eingeladen wurde; seine Regierung wünscht von uns namentlich Wirtschaftsexperten zu erhalten.)

Aussenminister Barrima Boccoum

Erörterung unserer diplomatischen und konsularischen Vertretungspläne im Anschluss an den Besuch bei Modibo Keita. Interesse des Aussenministers, Studenten, die wegen der Ereignisse im Kongo aus Brüssel zurückgezogen wurden, ev. bei uns zu plazieren.

Innen- und Informationsminister Madeiro Keita (mit dem Präsidenten nicht verwandt).

Gilt als Vertrauensmann Moskaus. Wäre an schweizerischen Lehr-

kräften interessiert. Lässt aber in keiner Weise erkennen, ob ihm die Kandidatur unseres Informationsspezialisten, der seinem Ministerium eingegliedert würde, schon bekannt war.

In politischer Hinsicht betrachtet er die Stellung der Schweiz, wie unsere Vermittlung im Algerienkonflikt wieder gezeigt habe, als eine Notwendigkeit. Unsere integrale Neutralität sei besonderer Art und lasse sich mit dem Neutralismus Malis und anderer afrikanischer Staaten nicht ohne weiteres vergleichen. Das "non-alignement" dürfe Mali nicht daran hindern, in afrikanischen Angelegenheiten Partei zu ergreifen. Auch gegenüber der amerikanischen Aggression auf Kuba könne Mali nicht neutral bleiben.

Wirtschaftlich fehlen den afrikanischen Staaten, namentlich Mali, Kapital und Investitionen. Das Land muss auf dem Nullpunkt beginnen. Es ist deshalb genötigt, den Weg des Sozialismus' zu beschreiten, woraus sich auch engere Kontakte mit den kommunistischen Staaten ergeben. Dies dürfe aber nicht mit einem Anschluss an den Ostblock verwechselt werden. Im übrigen legt Mali Wert auf Zusammenarbeit mit der UNO, die zwar viele Fehler begangen habe, aber dennoch gerade für die jungen afrikanischen Staaten ein wichtiges Forum darstelle, um sich Gehör zu verschaffen.

Britischer Botschafter Lequesne

Die Würfel, ob sich das Land dem Osten oder dem Westen zuwenden wird, sind noch nicht gefallen. Modibo Keita ist ein aufrichtiger Mann, der aber persönlich von Sékou Touré in den Schatten gestellt wird und eine gewisse Unsicherheit durch Unnahbarkeit kompensiert. Ob er stark genug ist, das Ruder in der Hand zu behalten, wird sich zeigen müssen. Die Ausgangslage in Mali ist günstiger als in Guinea, obwohl nun auch dieses den Weg zurück antreten möchte. Ungeachtet aller Enttäuschungen ist es deshalb wichtig, die westlichen Bemühungen mit Geduld fortzusetzen, um Mali zur Wahrung des Neutralismus'

- 27 -

zu stärken. Dies erscheint in der heutigen Konstellation die einzige realistische Politik. In diesem Sinne ist auch die schweizerische Beharrlichkeit in der Sache unseres Kandidaten für das Informationswesen (der Anstoss dazu war ursprünglich von britischer Seite ausgegangen) wertvoll.

* *
* *

Rou